



Neues EU-Klimaziel erfordert massive CO₂-Einsparungen

Was die demnächst wohl verschärften EU-Klimaziele für Deutschland bedeuten und mit welchen Instrumenten sie umgesetzt werden könnten, ist Gegenstand eines [Beitrags](#) im Magazin „Energiewirtschaftliche Tagesfragen“. Ein Team um Hauptautor Michael Pahle vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung sortiert die möglichen Ansätze: Eine Verteilung der zusätzlich nötigen Minderungen auf den EU-Emissionshandel (ETS) und den Non-ETS-Bereich mit Gebäude- und Verkehrssektor. Oder höhere Ambitionen nur im ETS.

Deutschland muss aktuell 21 Prozent der Reduktionen zum Erreichen des europäischen non-ETS Ziels erbringen. Bleibt dieser Anteil gleich, müssten die deutschen Emissionen im Non-ETS-Bereich bis 2030 statt auf 295 Millionen Tonnen (aktuelles 40-Prozent-Ziel) deutlich stärker auf 240 Millionen Tonnen (50-Prozent-Ziel) oder 212 Millionen Tonnen (55-Prozent-Ziel) gesenkt werden, ergaben die Berechnungen.

Im Szenario „nur ETS“ steigt der Zertifikatspreis im ETS im Jahr 2030 je nach Zielhöhe um 25 beziehungsweise 45 Euro pro Tonne relativ stark im Vergleich zum Status quo. Dies würde vor allem Druck auf die Industrie machen. „Es erhöhen sich sowohl direkt (höhere Zertifikatspreise) als auch indirekt (höhere Strompreise) die Belastungen für die Industrie und damit auch das Carbon Leakage-Risiko“, heißt es in dem Bericht. Als Entlastung böte sich unter anderem die in der EU bereits diskutierte [CO₂-Grenzausgleichssteuer](#) an.



Ulf Sieberg, Leiter Büro Berlin CO₂ Abgabe e.V.

„Wir verlieren damit ein weiteres Jahr. Meint es die Bundesregierung ernst, sollte sie ihr Ratsprogramm konsequent umsetzen und die darin enthaltenen Themen CO₂-Mindestpreis im EU-Emissionshandel und einheitliche CO₂-Bepreisung über alle Sektoren vorantreiben.“

Quelle: Tagesspiegel background vom 3.8.2020

In Reaktion auf den am Freitag erschienen Artikel findet es Ulf Sieberg vom Verein CO2 Abgabe notwendig, schon bald in eine Diskussion über die Instrumente zum Erreichen neuer EU-Ziele einzusteigen. Stattdessen solle der EU-Emissionshandel erst im Juni 2021 einer Revision unterzogen werden. „Wir verlieren damit ein weiteres Jahr“, bedauert Sieberg. Neben der Zielanpassung brauche es „Maßnahmen, Maßnahmen, Maßnahmen“ zur Zielerreichung. „Meint es die Bundesregierung ernst, sollte sie ihr Ratsprogramm konsequent umsetzen und die darin enthaltenen Themen CO2-Mindestpreis im EU-ETS und einheitliche CO2-Bepreisung über alle Sektoren vorantreiben.“

Zuletzt hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion [Vorschläge](#) für die Instrumente zur Umsetzung der EU-Klimaziele gemacht. Sie setzt unter anderem auf die Erfüllung von Minderungszielen in Drittstaaten. *sue*